

Schwerpunkt **Präsidentin des Schweizer Presserats im Gespräch**

«Ohne Journalismus keine Demokratie»

Interview Gestern weilte die Präsidentin des Schweizer Presserats in Liechtenstein, dessen Richtlinien sich auch diese Zeitung verpflichtet hat. Das «Volksblatt» hat mit Susan Boos über die Rolle der Medien gesprochen und über die Frage, warum es legitim ist, guten Journalismus zu fördern.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Der gesellschaftliche und technologische Wandel macht auch vor den Medien nicht Halt. Mit welchen Herausforderungen kämpft der Journalismus heute?

Susan Boos: Das ursprüngliche Geschäftsmodell des Journalismus bricht weg. Die Werbeeinnahmen gehen heute vor allem an die grossen Techunternehmen. Das heisst, man muss neue Geschäftsmodelle entwickeln, um Journalismus finanzieren zu können.

Die Zahlungsbereitschaft ist allerdings gerade im Onlinebereich noch relativ gering.

Man muss versuchen, sich einen Stamm an Abonnenten aufzubauen, der den Wegfall der Inserenten auffängt. Verschiedene Onlinemedien sind damit recht erfolgreich. Mittelfristig wird es aber eine Förderung der öffentlichen Hand brauchen. Das betrifft vor allem die grossen Zeitungen, während gewisse lokale Medien es vielleicht noch eher schaffen, die lokalen Inserenten und Abonnenten abzuholen.

Man hat einen gewissen Standortvorteil, das ist beispielsweise auch in Liechtenstein so.

Genau, weil niemand sonst diesen Bereich abdeckt und diese Dienstleistungen erbringt.

Grundsätzlich kann im Internet aber jeder die Informationen finden, die er benötigt. Wozu braucht es den Journalismus Ihrer Meinung nach heute noch?

Gerade die Impf- und Coronaskeptiker haben sich primär an den Medien gerieben. Gleichzeitig merkt man daran auch, warum es den Journalismus braucht. Im Gegensatz zu Social-Media-Plattformen ist der Journalismus die einzige Institution, die mit allen Seiten spricht. Das gibt ein anderes Abbild des politischen Geschehens und ist in einer Demokratie unerlässlich. Ohne Journalismus gibt es meiner Meinung nach keine Demokratie.

Gerade die Coronaleugner und Massnahmegegner haben den Medien allerdings vorgeworfen, eben nicht alle Seiten zu Wort kommen zu lassen.

Die «Altmedien», wie es im Verschwörungsjargon heisst, seien lediglich Sprachrohr der Regierung und würden vermeintlich unabhängige und seriöse Wissenschaftler ignorieren. Wie haben Sie die Berichterstattung wahrgenommen?

Das bekam zum Teil eine grosse Dynamik, ich würde das aber nicht überbewerten. Es war eine ausserordentliche Situation, aber solche Menschen gab es schon immer. Nur müssen wir uns daran gewöhnen, dass sich diese Leute heute auch artikulieren können - vor 20 Jahren war dies noch nicht möglich. Man darf nicht vergessen, dass der Journalismus auch sehr gelobt wurde. Viele Zeitun-



Medien, die permanent gegen den Journalistenkodex verstossen, sollten nicht gefördert werden, findet Susan Boos, Präsidentin des Schweizer Presserats. (Foto: Michael Zanghellini)

gen profitierten, da mehr Menschen ernsthaften Journalismus konsumieren als früher. Die Menschen hatten ein Bedürfnis nach zuverlässigen Informationen - also Journalismus, der nach dem Fairness-Prinzip funktioniert und unterschiedliche Positionen abdeckt. Das grosse Problem tritt vielmehr dann ein, wenn der Journalismus ökonomisch unter Druck gerät und die Kapazitäten nicht hat, um seine Arbeit zu leisten.

Kam es während der Coronapandemie vermehrt zu Beschwerden an den Presserat?

Ja. Das Thema hat bei vielen Menschen etwas ausgelöst, sodass sie sich mit Anfragen an den Presserat wandten. Ein grosser Teil der Beschwerden erwies sich aber relativ schnell als nicht begründet und wurde abgewiesen. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben und eine Antwort auf seine Bedenken zu erhalten. In diesem Jahr geht die Anzahl an Beschwerden tendenziell eher wieder zurück.

Demnach hat sich auch der Stand des Presserats in der Bevölkerung verbessert, die Institution wird also wahrgenommen.

Ich habe schon das Gefühl, dass wir wahrgenommen werden. Der Zugang zum Presserat ist auch niederschwellig und kostenlos.

Die Coronapandemie hat allerdings gezeigt, dass die klassischen Medien nicht mehr alle Bevölkerungsteile er-

reichen. Manche vertrauen lieber auf dubiose Quellen im Internet, die sich nicht an journalistische Grundsätze halten. Verlieren die Medien dadurch nicht an Legitimität, wenn sie nicht mehr alle in der Bevölkerung erreichen?

Wie lässt es sich vor diesem Hintergrund rechtfertigen, dass Medien mit Steuergeld gefördert werden?

Das lässt sich schon alleine dadurch rechtfertigen, dass sich eine Demokratie ohne unabhängigen Journalismus nicht aufrechterhalten lässt. In der Schweiz kann man in gewissen Regionen eine Ausdünnung der Medienlandschaft beobachten, während es auf nationaler Ebene noch eine grössere Vielfalt gibt. Wir haben allerdings ein Problem, wenn niemand mehr über kantonale Abstimmungen berichtet. Es braucht unabhängige Medien, die die Informationen aufarbeiten, dafür reichen die Pressestellen der Behörden nicht aus. Man wird sich also überlegen müssen, wie man die Medienförderung ausgestaltet.

Wie würde die perfekte Medienförderung aussehen?

Das ist schwer zu sagen, da es vom einzelnen Land oder Kanton ab-

hängt. Es ist wichtig, auf Gewaltenteilung zu achten, ansonsten ist kein unabhängiger Journalismus möglich. Es darf meiner Meinung nach jedenfalls nicht sein, dass die Politik definiert, was guter Journalismus ist. Da muss man einen anderen Weg finden. Eine Organisation wie der Presserat, als Selbstregulierungsorganisation, könnte dabei eine wichtige Rolle spielen. Es darf beispielsweise nicht sein, dass ein gefördertes Medium permanent gegen den Pressekodex verstösst.

Sollte der Presserat darüber entscheiden, wer Presseförderung bekommt und wer nicht?

Nein, das ist nicht unsere Aufgabe. Aber ich finde, dass sich jedes förderungswürdige Medium dem Pressekodex unterstellen müsste. Der Presserat hätte keine Befugnis, achtet aber auf die Einhaltung dieser Richtlinien. Damit erhält man auch ein Bild über die Qualität eines Mediums. Was die Stelle, die das Geld verteilt, mit dieser Einschätzung macht, ist eine andere Frage. Es darf aber nicht passieren, dass gewisse Medien keine staatliche Förderung erhalten, bloss weil sie der Regierung oder den Politikern nicht genehm sind.

In Liechtenstein soll die Medienförderung neu aufgestellt werden. Details sind noch nicht bekannt - aber was wären aus Ihrer Sicht wichtige Punkte, um die journalistische Vielfalt und Qualität zu fördern?

Im Prinzip müssen die Rechte und Pflichten, die im Journalistenkodex festgehalten sind, gewährleistet sein. Eine Vermischung von PR und redaktionellen Inhalten ist beispielsweise ein absolutes No-Go, wenn man dem Kodex folgt. Auch in der Schweiz gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie eine Medienförderung aussehen könnte. Ich würde dafür plädieren, die Förderung möglichst einfach zu halten. Die Entscheidung, wer Geld bekommt und wer nicht, sollte möglichst weit von der Politik entfernt sein, ich würde dies sogar eher den Medien zurückspielen. Wir Journalisten müssen darauf achten, das Heft nicht zu sehr aus der Hand zu geben und unsere eigenen Berufsvorstellungen einzubringen. Was guten Journalismus ausmacht, ist keine politische Frage, sondern eine handwerkliche.

Sollte sich die Politik bei der Gestaltung der Medienförderung also stärker daran orientieren, was sich die Journalisten selbst auferlegt haben?

Ja. Wichtig ist auch die Förderung von Ausbildung. Diese hat ebenfalls massiv gelitten und ist unter Druck geraten. Wenn man als Medium kein Geld hat, kann man die jungen Journalisten auch nicht ausbilden. Das ist problematisch. Eigentlich müssten die Ausbildungskosten vom Staat

übernommen werden, um guten Journalismus garantieren zu können.

In Liechtenstein werden Vertrieb sowie Aus- und Weiterbildung indirekt gefördert, zudem erhält man eine direkte Förderung für die journalistische Leistung. Die Höhe der Medienförderung orientiert sich an den Stellenprozenten journalistischer Mitarbeiter. An welchen messbaren Grössen sollte man Ihrer Meinung nach die Zusage bzw. Höhe einer Förderung festmachen?

Das ist schwer zu sagen. Man müsste sich dazu auch die Modelle anderer Länder näher ansehen. In der Schweiz wird beispielsweise diskutiert, ob nur die Medien Förderungen erhalten, die auch zahlende Abonnenten haben. Das kann einerseits heikel sein. Andererseits kann es sinnvoll sein, weil diese Medien scheinbar ein Bedürfnis in der Bevölkerung decken, für das man zu zahlen bereit ist.

In der Schweiz wurde das Medienförderungspaket schliesslich vom Volk abgelehnt. Wo sehen Sie hier die Gründe dafür?

Dass vor allem die grossen Medien relativ viel Förderung erhalten hätten, war ein Argument der Gegner, das in der Bevölkerung gut ankam. Zwar haben auch diese zu kämpfen, aber dort ist eben noch mehr Geld vorhanden. Umgekehrt wurden andere Punkte zu wenig kommuniziert. Ich glaube, das Paket war einfach zu überladen.

Das Nein bedeutet auch, dass der Schweizer Presserat nicht mehr Mittel erhält. Zwischenzeitlich hat der Stiftungsrat 100 000 Franken nachgeschossen, um die Finanzierung bis Ende 2023 zu sichern. Ihre Idee war es, einen Gönnerverein zu gründen. Wie ist es darum bestellt? Kann ein solcher die Finanzierung langfristig sichern?

Wir sind dabei, den Gönnerverein zu gründen. Voraussichtlich ist es noch im August oder September so weit. Dann können wir vermehrt Fundraising betreiben. Das Wichtige ist, dass wir mittelfristig eine gute Finanzierung auf die Beine stellen. Es ist auch eine gute Gelegenheit, die Idee des Presserats und die Selbstregulierung des Journalismus nach aussen zu tragen.

Wozu braucht der Presserat mehr Geld?

Zum einen ist die Geschäftsstelle auf 80 Beschwerden pro Jahr ausgelegt, teils fiel das Doppelte an. Die Geschäftsstelle war also mehr als ausgelastet. Zudem wäre die Idee, den Presserat zu einem Kompetenzzentrum für medienethische Fragen zu machen. Wir möchten Veranstaltungen

zu diversen Fragen durchführen, dafür fehlen im Moment aber die Kapazitäten und das Geld.

Zu welchen Themen möchte der Presserat denn etwas beitragen?

Da gibt es viele Bereiche, beispielsweise Native Ads, also Werbung, die redaktionell daherkommt.

Der Presserat soll also eine stärkere Rolle in der Öffentlichkeit wahrnehmen.

Ja, das ist die Idee. Wir müssen den Menschen auch vermitteln, was guten Journalismus ausmacht. Gerade mit Hinblick auf die Fake-News-Debatte. Wenn die Menschen den Journalistenkodex und die Richtlinien kennen, bekommen sie auch ein Bewusstsein dafür, warum etwas gut oder schlecht ist.

Sie sind seit 1. Januar 2021 Präsidentin des Schweizer Presserats. Ihre Wahl war umstritten, vor allem bei den bürgerlichen Blättern. Man warf Ihnen vor, Sie seien zu links. Hat sich die Aufregung gelegt?

Ich wurde damals vom Stiftungsrat angefragt. Das hat mich überrascht, denn eigentlich wurde dem operativen Presserat vorgeworfen, er sei zu links. Gerade wegen dieser Vorwürfe habe ich Bedenken geäussert. Der Stiftungsrat hat sich dennoch klar für mich entschieden, ansonsten hätte ich das nicht gemacht. Es geht auch gar nicht darum, ob eine Person eher links oder rechts steht. Im Presserat verlaufen die Debatten nicht entlang politischer Linien, ent-

scheidend ist das Handwerk. Das merkt man auch den Stellungnahmen des Presserats an. Ein weiteres Problem war,

Handwerk. Das merkt man auch den Stellungnahmen des Presserats an. Ein weiteres Problem war,

dass die Chefredakteure aus dem Presserat austreten wollten, das hatte aber nichts mit meiner Person zu tun. Das wäre für den Presserat finanziell schlecht, vor allem aber eine inhaltliche Katastrophe. Schliesslich sind die Chefredakteure die wichtigste Verbindung in die Redaktionen. Ich habe das Gespräch gesucht und wir hatten im vergangenen Jahr einen intensiven und guten Austausch. Im Frühling haben die Chefredakteure dann eindeutig für den Verbleib im Presserat gestimmt. Die Situation hat sich also nicht nur entspannt, sondern sogar sehr produktiv entwickelt.

Medienförderung

In Liechtenstein wird derzeit die Aus- und Weiterbildung sowie der Verbreitungsaufwand vom Staat subventioniert. Zudem wird die journalistisch-redaktionelle Leistung gefördert, die Höhe orientiert sich an den redaktionellen Stellenprozenten. Förderungswürdig sind mindestens zehn Mal jährlich erscheinende Medien, die einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten, in bedeutendem Umfang über politische Ereignisse im Land berichten und deren Inhalt überwiegend redaktioneller Natur ist. Welche Medien eine Förderung erhalten, entscheidet in Liechtenstein die Medienkommission, die vom Landtag gewählt wird. 2021 erhielten die Vaduzer Medienhaus AG, die Liechtensteiner Volksblatt AG, die Media 1 Service AG (IFLTV) sowie der Zeitungsverlag (Liezzeit) für insgesamt neun Erzeugnisse eine Förderung. Die direkte Medienförderung betrug 2021 knapp 1,2 Millionen Franken, die Aus- und Weiterbildung wurde insgesamt mit 16 649 Franken, die Verbreitung mit insgesamt 465 398 Franken gefördert. Die Liechtensteiner Volksblatt AG erhielt 2021 in Summe 605 051 Franken, am meisten erhielt das Vaduzer Medienhaus (930 541 Franken).